



Neuer Bericht der GfbV



Goldplatz Schweiz: Die Kontrollen genügen nicht

Die Schweiz ist ein rohstoffarmes Land. Trotzdem werden hier rund 70 Prozent des weltweit gehandelten Goldes verarbeitet. Vier der weltweit grössten Raffinerien sind in der Schweiz ansässig. Ende März 2018 veröffentlichte die GfbV ihren neuen Bericht «Drehscheibe Schweiz für risikobehaftetes Gold?». Dieser enthält Recherchen zu den Vereinigten Arabischen Emiraten, dem Sudan, der Demokratischen Republik Kongo, Liberia und Peru und macht klar: Die Risiken, dass Schweizer Raffinerien Gold verarbeiten, das unter menschenrechtsverletzenden und umweltzerstörenden Umständen abgebaut wurde, sind hoch.

Der Gemeindepräsident Alfredo Vargas Pio ist nicht stolz über das Image seiner im Südosten Perus gele-

genen Gemeinde San Jacinto, die für ihre Goldminen bekannt ist. Frustriert erzählt der 43-Jährige etwa von der damit zusammenhängenden Wasserverschmutzung und den auftretenden Landkonflikten. Für Alfredo Vargas Pio ist klar: «Die Gemeinden sollten vollumfänglich über ihre eigenen Territorien bestimmen können» (mehr dazu im Kurzportrait auf S. 3).

Peru ist der grösste Goldproduzent Südamerikas. Seit über zwei Jahrzehnten breitet sich der illegale Kleinbergbau aufgrund des erhöhten Goldpreises rasant aus. Die Folgen davon sind gerodete Wälder, von Quecksilber verseuchte Flüsse und Kraterlandschaften. Die Arbeitsbedingungen der Mineure sind prekär, Geldwäscherei und Menschenhandel verbreitet.



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**

Die zwei Regionen Puno und Madre de Dios, wo auch San Jacinto liegt, sind Hotspots von menschenrechtsverletzendem und umweltzerstörendem Goldabbau – und sie weisen Verbindungen in die Schweiz auf.

Bereits in einem Bericht im Jahr 2015 hat die GfbV offengelegt, dass Gold aus informellem und illegalem Kleinbergbau in Peru zu der Goldraffinerie Metalor in die Schweiz gelangte.

In ihrem Ende März 2018 erschienenen Bericht «Drehscheibe Schweiz für risikobehaftetes Gold?» legt die GfbV nahe, dass die in Neuchâtel sesshafte Raffinerie Metalor mit grosser Wahrscheinlichkeit nach wie vor Gold aus Peru bezieht, das in Zusammenhang mit illegalem Abbau und Handel, Steuerhinterziehung und Umweltzerstörung steht.

Wenige Tage nach der Publikation des Berichts beschlagnahmte die peruanische Zoll- und Steuerbehörde gemäss den peruanischen Medien «La República» und «Ojo Público» gegen 100 Kilogramm Gold, welches für Metalor bestimmt war. Es ist die grösste Goldbeschlagnahmung, nachdem die Behörden seit Ende 2013 verstärkt gegen illegalen Goldabbau vorgehen.

Die Raffinerie Metalor sah nach unserer neuesten Publikation – jedenfalls für uns ersichtlich – keinen Anlass für eine Praxisänderung. Die GfbV wartet daher gespannt auf die Massnahmen, die der Bundesrat in seinem Bericht zum Goldumschlagplatz Schweiz präsentiert, der voraussichtlich noch in diesem Sommer veröffentlicht wird.

Vereinigte Arabische Emirate: Die Kontrollen genügen nicht

Ein weiterer Schwerpunkt des neu erschienenen Goldberichts der GfbV sind die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Unzureichende Kontrollen, insbesondere am Zoll, machen die VAE zu einer Destination für Konfliktgold oder geschmuggeltes Gold, unter anderem aus Kriegs- und Krisengebieten wie dem Sudan, der Demokratischen Republik Kongo und Liberia. Über die VAE wird dieses risikobehaftete Gold in die ganze Welt weitergeleitet – mit grosser Wahrscheinlichkeit auch in die Schweiz.

Es bestehen keine Zweifel, dass die Schweiz eine der bedeutendsten Abnehmerinnen von Gold aus den VAE ist. Mit über 370 Tonnen war die Importmenge aus den Emiraten noch nie so hoch wie im Jahr 2016: Gemäss der Schweizer Aussenhandelsstatistik bezog die Schweiz in jenem Jahr von keinem Land mehr Gold.

Der Rechtswissenschaftler Mark Pieth (*siehe Interview auf S. 8*) findet klare Worte für den Schweizer Goldplatz: «Die Leistung der Goldraffinerien in der Schweiz ist es, das Edelmetall so aufzuwerten, dass die Goldbarren am Schluss 99,9 Prozent rein sind. Man kann also nicht mehr feststellen, woher das Gold stammt. Das ist ein Problem, das ich als 'Goldwäscherei' bezeichne.»

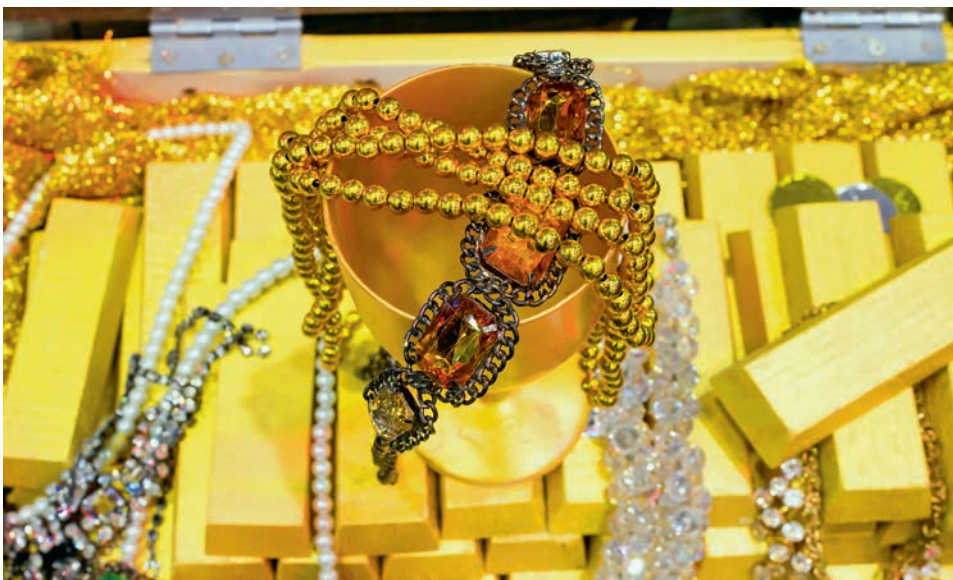
Um diese äusserst problematische Situation zu ändern, müssten Schweizer Firmen entweder gänzlich auf Gold verzichten, dessen Herkunft nicht eindeutig bestimmt werden kann, oder aber vertiefte Sorgfaltsprüfungen durchführen. Geschäftsbeziehungen, die bei diesen Kontrollen als problematisch erachtet werden, müssen eingestellt werden. Die GfbV nimmt auch die Schweizer Regierung und Politik in die Pflicht. Denn die aktuelle Situation zeigt: Freiwillige Mechanismen reichen nicht aus, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zu verhindern. Rechtlich verbindliche Sorgfaltsprüfungen, wie sie die Konzernverantwortungsinitiative vorsieht, müssen eingeführt und der Schweizer Goldhandel transparent werden.

NO DIRTY GOLD – AUCH NICHT IN DER SCHWEIZ!

Mehr zu der aktuellen Goldkampagne:

www.gfbv.ch/de/zusammenfassung-goldbericht
www.konzern-initiative.ch

Text: Nicole Gisler, Praktikantin und Julia Büsser, Kampagnenleiterin Wirtschaft und Indigenenrechte



Warenangebot auf dem Goldmarkt in Dubai



Foto: © Tabea Willi, GfbV

«Die Gemeinden sollten über ihre eigenen Territorien bestimmen können»

San Jacinto befindet sich im Südosten von Peru und ist bekannt für seine Goldminen. Doch es ist ein Image, das Alfredo Vargas Pio, Gemeindepräsident des Ortes, nicht mit Stolz erfüllt.

Der 43-Jährige erzählt frustriert von den zahlreichen Konflikten, die durch den Goldabbau verursacht werden. So verschmutzt das beim Schürfen oftmals verwendete Quecksilber den Fluss in der Region und stellt damit eine Gefahr für die lokale Bevölkerung dar. Regelmässig kommt es auch zu Auseinandersetzungen zwischen den Goldschürfern und den Dorfbewohnern. Nur zehn Prozent der Einwohner von San Jacinto sind Goldschürfer.

Alfredo Vargas Pio erklärt, dass den Streitigkeiten eine paradoxe rechtliche Situation zugrunde liegt. Gemäss peruanischer Rechtsordnung gehört den indigenen Gemeinden jeweils die oberste Landschicht, während der Staat Eigentümer der darunterliegenden Rohstoffe ist. Sich auf diese Landrechte stützend, verleiht Peru Zertifikate für Dritte auf dem Territorium San Jacintos, auf das sich gleichzeitig die indigene Gemeinschaft beruft. Aktuell gibt es 17 solche Zertifikate in San Jacinto.

Regionale Produktion als Alternative

Als Gemeindepräsident setzt sich Alfredo Vargas Pio dafür ein, dass diese Gesetze geändert werden. Es könne doch nicht sein, dass der Staat Minen-Konzessionen erteile über die Gemeindeterritorien und damit über die Nutzung der Rohstoffe bestimme. «Die Gemeinden sollten vollumfänglich über ihre eigenen Territorien bestimmen können», sagt er und fügt kurz darauf an: «Es ist aber wichtig, dass nicht nur der schädliche Rohstoffabbau bekämpft wird, sondern auch alternative Einkommensquellen gefördert werden.»

Zu einem Teil werden solche Alternativen in San Jacinto bereits heute gelebt, etwa mit dem Aufbau von regionalen Fischteichen oder dem Paranuss-Anbau. Alfredo Vargas Pios Ziel ist es, dass beide Bereiche noch grösser werden und somit die regionale Produktion ausgebaut würde.

Viel Hoffnung steckt der schon in San Jacinto aufgewachsene Gemeindepräsident auch in den Tourismusbereich. Damit sich auch die ehemaligen Goldabbaugebiete erholen können, hat die Gemeinde mit Forschenden zusammen ein Pilotprojekt zur Aufforstung ehemaliger Minenzonen gestartet. «Es gibt hier so viele schöne Wälder, Bäche und Tiere in der Umgebung zu entdecken. All das darf nicht zerstört werden.»

Text: Tabea Willi und Nicole Gisler, Praktikantinnen Kampagnen und Kommunikation



Editorial

Viele Schweizerinnen und Schweizer wissen nicht, welche zentrale Rolle unser Land im internationalen Goldgeschäft spielt. Denn 70 Prozent des weltweit abgebauten Goldes werden in der Schweiz verfeinert, und vier der grössten Raffinerien sind hier ansässig. «Ein grosser Teil des Goldes, das die Schweiz erreicht, stammt aus sehr dubiosen Quellen», kritisiert der renommierte Rechtswissenschaftler Mark Pieth (siehe Interview auf Seite 8). Auch gemäss den neusten Recherchen der GfbV bestehen erhebliche Risiken, dass ein Teil des in die Schweiz importierten Goldes aus Produktionen stammt, die für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung verantwortlich sind.

Es braucht mehr Transparenz im Goldhandel und rechtlich verbindliche Sorgfaltsprüfungen: Zu diesem Schluss kommt die GfbV in ihrem neusten Bericht «Drehscheibe Schweiz für risikobehaftetes Gold?» mit Beispielen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Demokratischen Republik Kongo, Peru und weiteren Ländern. Mehr über die verschlungenen Wege des internationalen Goldhandels und die Rolle der Schweiz lesen Sie in dieser Voice-Ausgabe ab Seite 1.

Mitte Mai 2018 erzielte indessen die GfbV-Kampagne in Sri Lanka einen Erfolg: Die Marine gab der Bevölkerung die kleine Insel Iranaitivu zurück. Dies bedeutet für die Menschen aus Iranaitivu, dass sie ab sofort wieder ohne Einschränkung fischen und Meeresfrüchte sammeln können – und dadurch wieder ein gutes Einkommen erzielen werden.

Nach dem Bürgerkrieg in Sri Lanka hielt die Marine die kleine Insel jahrelang als Militärstützpunkt besetzt, sodass die ehemaligen Einwohnerinnen und Einwohner nicht zurückkehren konnten. Seit Mai 2017 kämpften sie, unterstützt durch die GfbV, für die Rückgabe ihres Landes. Mehr dazu im Interview mit der Aktivistin Mary Jeyaseelan auf S. 7.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre!

Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleiter GfbV

IMPRESSUM

VOICE 2-2018, Juni 2018 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Schermerweg 154, 3072 Ostermundigen, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch **Redaktion:** Dominique Schärer, Nicole Gisler **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Dominic Blumenthal, Julia Büsser, Meret Stocker, Nicole Gisler, Tabea Willi, Yves Bowie **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 8500 Exemplare **Druck:** gdz AG, Zürich; gedruckt auf Plano Speed («FSC Mix») **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr **Titelbildfoto:** María Eugenia Robles Mengoa

Drehscheibe Schweiz für risikob

HINTERGRUND

- **70 Prozent** des jährlich gehandelten Goldes werden in der Schweiz verfeinert
- **Vier** der weltweit grössten Raffinerien sind in der Schweiz ansässig
- **Ein neuer Bericht der GfbV zeigt auf:** Es bestehen erhebliche Risiken, dass ein Teil des Goldes, das in die Schweiz importiert wird, aus Produktionen stammt, bei denen Menschenrechtsverletzungen und/oder Umweltzerstörung begangen werden.

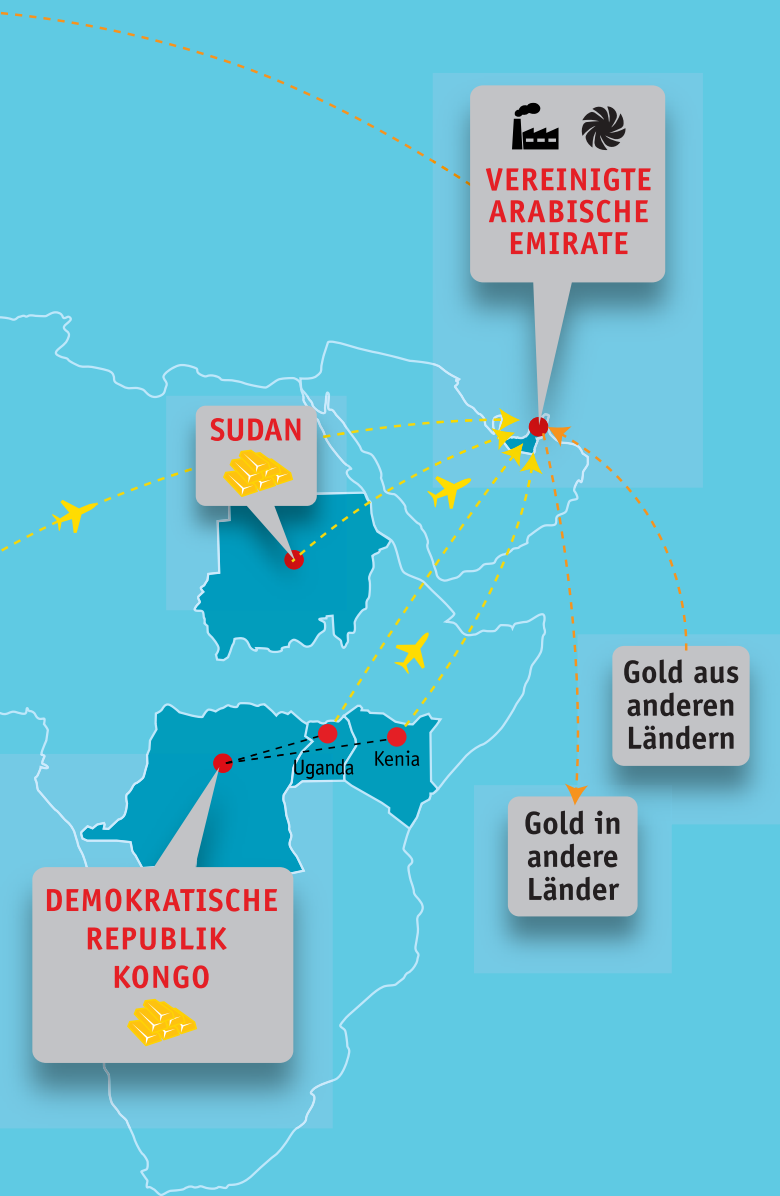
PROBLEME

Problematisches Gold wird in Regionen abgebaut, wo:

- Menschenrechte verletzt werden
- Die Umwelt zerstört oder vergiftet wird
- Korruption an der Tagesordnung ist
- Menschenhandel und unmenschliche Arbeitsbedingungen verbreitet sind
- Konflikte ausgelöst oder verschärft werden



Verhaftetes Gold



- ➔ Goldlieferkette bis mindestens 2012
-➔ Goldlieferkette bis mindestens 2016
- ➔ Kommt auch solches Gold in die Schweiz?
- .-.-.-➔ Goldlieferkette bis mindestens März 2018

FORDERUNGEN DER GFBV

An die Schweizer Politik:

Erhöhte Transparenz: Aufschlüsselung der jährlichen Schweizer Aussenhandelsstatistik nach dem Ursprungsland (und nicht nur nach dem Herkunftsland) des Goldes. Offenlegung sowohl der Lieferanten als auch der Empfängerfirmen mit entsprechenden Brutto/Netto-Mengenangaben.

Rechtliche Verbindlichkeit: Einführung einer gesetzlich verankerten Sorgfaltspflicht mit entsprechendem Sanktionskatalog bei Nichteinhaltung.

An Schweizer Goldraffinerien und -händler:

Transparenz: Jährliche Veröffentlichung der Resultate des Risikomanagements, der Namen der Produzenten und der Herkunft des Goldes.

Geschäftsbeziehungen: Sofortige Einstellung der Geschäftsbeziehungen, die bei der Sorgfaltsprüfung als problematisch erachtet wurden oder eine Weiterführung an klare Bedingungen knüpfen, die zur Lösung der Probleme führen.

An die Schweizer Vereinigung Edelmetallfabrikanten und Händler (ASFCMP):

Corporate Social Responsibility: Förderung einer verbindlichen CSR, basierend auf den OECD-Leitsätzen bei den Mitgliedern. Unterstützung durch Schulung und Begleitung.

Aufnahme- und Ausschlusskriterien sowie Massnahmen: Transparente Kommunikation von Aufnahme-, resp. Ausschlusskriterien und deren Erfüllung/Nichterfüllung durch die Mitglieder. Zuwiderhandlungen sollen zu Massnahmen führen, mehrfach fehlbare Mitglieder sollen ausgeschlossen werden.

Muslimische Gemeinschaft in Sri Lanka bedroht



Foto: © Yves Bowie, GfbV

Der Buddhismus ist mit rund 70 Prozent der Gesamtbevölkerung die am weitesten verbreitete Religion in Sri Lanka.

Anfang März kam es in der Region um Kandy in Sri Lanka zu schweren Übergriffen von singhalesisch-buddhistischen Mobs auf muslimische Einrichtungen. Ein muslimischer Jugendlicher kam dabei ums Leben. Schätzungsweise 450 Läden und Häuser sowie rund 32 Moscheen wurden ganz oder teilweise zerstört. Die sri-lankische Regierung hat als Reaktion darauf den Ausnahmezustand ausgerufen und den Zugang zu sozialen Medien blockiert. Die muslimische Gemeinschaft in Sri Lanka hat grosse Angst, dass sich solche Übergriffe wiederholen.

Hintergrund der gewalttätigen Übergriffe war der Tod eines Singhalesen nach einem Streit mit einer Gruppe von Muslimen in einem Vorort von Kandy, im Innern des Landes. Der zunächst lokale Streit wandelte sich innert kürzester Zeit in einen überregionalen Konflikt, es kam zu Attacken auf muslimische Einrichtungen in 24 Gemeinden. Dabei handelte es sich um organisierte und gezielte Angriffe von militanten buddhistischen Banden, welche auf nationaler Ebene koordiniert wurden. Ausserdem weisen Filmaufnahmen und Zeugenaussagen darauf hin, dass Polizisten die Angreifer gewähren liessen und sich sogar daran beteiligten. Zudem soll ein singhalesischer Arzt sich geweigert haben einen verletzten Muslim zu behandeln. Es gab jedoch auch buddhistische

Mönche, welche Musliminnen und Muslime vor den Angriffen schützten und ihnen in ihren Tempeln Unterschlupf gewährten. Die Regierung verurteilte die Übergriffe, rief den Ausnahmezustand aus und liess mehrere mutmassliche Täter verhaften. Zusätzlich wurde der Zugang zu sozialen Medien in Sri Lanka für einige Zeit eingeschränkt oder teilweise ganz gesperrt. Damit versuchte man die Verbreitung von Hassreden zu unterbinden. Dies führte jedoch auch dazu, dass es nur sehr schwierig möglich war, an Informationen aus den Krisengebieten zu gelangen.

Übergriffe waren kein Einzelfall

Bereits im Februar kam es in Ampara im Osten des Landes zu Attacken auf Moscheen und muslimische Geschäfte. Vorausgegangen war diesen eine Behauptung, dass in einem lokalen muslimischen Restaurant «Sterilisationspillen» ins Essen gemischt wurden. Im November 2017 gab es in Gintota im Süden des Landes nach einem Verkehrsunfall Angriffe von buddhistischen Nationalisten auf muslimische Einrichtungen. Bereits im Juni 2014 haben buddhistisch-militante Gruppen, unter den Augen der Polizei, ein zweitägiges Pogrom gegen die muslimische Gemeinschaft durchgeführt. Es gab vier Tote sowie unzählige verbrannte Häuser und Geschäfte und mehrere zerstörten Moscheen. Die mutmasslichen Täter wurden nicht verurteilt.

Bedrohte Minderheiten

Angehörige muslimischer Gemeinschaften machen ungefähr zehn Prozent der Gesamtbevölkerung in Sri Lanka aus. Viele Singhalesinnen und Singhalesen befürchten seit Jahrzehnten, dass der buddhistische und singhalesische Charakter der Insel bedroht sei durch die Minderheiten im Land. Dies führte zunächst zu einer Unterdrückung der tamilischen Minderheit, welche rund 15 Prozent der Bevölkerung ausmacht. Die Unterdrückung gipfelte in einen 26 Jahre langen Bürgerkrieg mit mutmasslichen Kriegsverbrechen und Besetzungen von Land, welches von Tamilinnen und Tamielen bewohnt war (siehe hierzu das Interview mit Mary Jeyaseelan auf S. 7).

Obwohl sie meist eng mit den jeweiligen Regierungen zusammenarbeitete und auch Geheimdienstarbeiten für die Sicherheitskräfte übernahm, wurde die muslimische Minderheit nach dem Ende des Krieges als Bedrohung wahrgenommen. In der Folge entstanden mehrere buddhistisch-singhalesische Gruppen, welche Hassreden gegen Muslime verbreiten und ein Verbot von Halal-Fleisch fordern. Um die Gewalt gegen Minderheiten einzudämmen ist es entscheidend, dass Sri Lanka entschlossen gegen diese Gruppen vorgeht und die Täter keine Straffreiheit geniessen.

Text: Yves Bowie, GfbV-Kampagnenleiter Sri Lanka

Langer Kampf für Rückkehr



Foto: © Meret Stocker, GfbV

Vor einem Jahr begann Mary Jeyaseelan zu protestieren.

Vor 25 Jahren musste die Tamilin Mary Jeyaseelan ihr Zuhause, die Insel Iranaitivu im Norden Sri Lankas, wegen dem Krieg verlassen. Neun Jahre lang nach dem Krieg hielt die sri-lankische Marine den Ort als Militärstützpunkt besetzt. Unermüdlich protestierte die 55-Jährige für eine Rückkehr und besuchte auf Einladung der GfbV im vergangenen März die Schweiz, um am Uno-Menschenrechtsrat auf den Landraub aufmerksam zu machen.

Ende April fuhr die Dorfgemeinschaft mit 50 Booten nach Iranaitivu und verlagerte den Protest auf die Insel. Sie durften sich aber nur im Küstenbereich bei der Kirche aufhalten. Mitte Mai wurde ihr Protest jedoch belohnt und die Marine hat die Insel den Bewohnerinnen und Bewohnern mit Ausnahme eines kleinen Stückes Staatsland zurückgegeben. Das Interview wurde vor der Landrückgabe durchgeführt.

Mary Jeyaseelan, wie hat sich dein Alltag durch die Flucht aus Iranaitivu verändert?

Unser Leben wurde sehr schwierig. Auf Iranaitivu war ich für unsere Schafe und Kühe, den Anbau von Kokosnüssen und die Krabbenzucht zuständig. Auf dem Festland habe ich diese Möglichkeiten nicht. Das geht den meisten von uns Frauen so und führt dazu, dass wir hauptsächlich vom Einkommen des Mannes abhängig sind. Darum leben heute die meisten Familien in Armut.

Im Frühling 2017 begann euer Protest für eine Rückkehr auf eure Insel. Wie kam es dazu?

Da wir Frauen diese Situation nicht mehr länger ertragen können, beschlossen wir, für eine Rückkehr zu kämpfen. Am 1. Mai 2017 begannen wir mit einem Protest, der bis heute anhält. Wir wählten dieses Datum aus, da es uns auch um einen Arbeitskampf geht, da wir unseren Lebensunterhalt verloren haben.

Was kann man sich unter dem Protest vorstellen?

Wir richteten in der Küstenregion unser Protestgelände ein. Mittlerweile sind stets 25-50 Personen vor Ort, wir reichten Petitionen ein und kamen in Kontakt mit verschiedenen Organisationen, so auch mit euch. Die GfbV unterstützt uns, hat Workshops organisiert und uns mit anderen protestierenden Gemeinden vernetzt. Das ermutigt uns dazu, weiter für unsere Rückkehr zu kämpfen.

Interview: Meret Stocker und Nicole Gisler, Praktikantinnen Kampagnen und Kommunikation



Rechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen – auch in der Schweiz!

Anfang März veröffentlichte die GfbV einen Bericht, der die zunehmende Einflussnahme Chinas und deren Folgen für die tibetische Gemeinschaft in der Schweiz dokumentiert. Der Kampagnenstart war ein grosser Erfolg und das Medienecho beachtlich.

Auf politischer Ebene setzt sich die GfbV mit Lobbying-Aktivitäten und Vorstössen im Schweizer Parlament für die Anliegen der Tibeterinnen und Tibeter ein. Eine klare Haltung von Politik und Behörden gegenüber der Unterdrückung Tibets durch China ist notwendig, um eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Tibet zu erreichen. Die weltweit wachsende Einflussnahme Chinas und die Überwachung der tibetischen Diaspora war auch Gegenstand einer von der GfbV organisierten Podiumsdiskussion, die Mitte Juni stattfand.

Eine erfreuliche Nachricht hat die GfbV zudem aus Dharamsala (Indien) erreicht: Im Herbst wird der Dalai Lama die Schweiz besuchen. Die GfbV macht sich dafür stark, dass er offiziell vom Bundesrat empfangen wird. Dies ist auch eine der zentralen Forderungen unserer Petition, worin wir Politik und Behörden auffordern, die Meinungssäusserungsfreiheit in der Schweiz zur Situation in Tibet zu garantieren und die Einhaltung der Privatsphäre der Tibeterinnen und Tibeter zu gewährleisten. Bis Redaktionsschluss haben rund 5000 Personen die Petition unterzeichnet.

Unterzeichnen auch Sie unsere Online-Petition unter:

www.gfbv.ch/de/kampagnen/rechte-fuer-tibeter

Text: Angela Mattli, Kampagnenleiterin Minderheiten und Diskriminierung und Dominic Blumenthal, Praktikant

«Das ist ein Problem, das ich als 'Goldwäscherei' bezeichne»



Foto: © pieth.ch

Mark Pieth (65) ist Rechtswissenschaftler und Antikorruptionsexperte. Seit 1993 hat er eine Professur für Strafrecht an der Universität Basel inne. Für Aufsehen sorgte der Basler während seiner Tätigkeit als Vorsitzender der unabhängigen Kommission für Governance bei der FIFA oder auch als Mitglied des nach dem Skandal um die «Panama Papers» eingesetzten Expertengremiums, aus dem er sich 2016 aus Protest zurückzog. Mit der GfbV unterhielt sich Mark Pieth über dubiose Quellen, Pseudo-Zertifizierungen und andere Knackpunkte des Schweizer Goldplatzes.

Mark Pieth, sie beschäftigen sich als Rechtsexperte seit einiger Zeit mit dem globalen Goldhandel. Wie kam es dazu?

Mir fiel auf, dass hier in der Schweiz bis zu 70 Prozent des weltweit abgebauten Goldes raffiniert wird, dessen Herkunft aber meistens unklar ist. Die Leistung der Goldraffinerien in der Schweiz ist es, das Edelmetall so aufzuwerten, dass die Goldbarren am Schluss 99,9 Prozent rein sind. Man kann also nicht mehr feststellen, woher das Gold stammt. Das ist ein Problem, das ich als «Goldwäscherei» bezeichne.

Unser im März 2018 veröffentlichte Bericht zeigt auf: Es bestehen erhebliche Risiken, dass ein Teil des Schweizer Goldverarbeitungs- und -handelsplatzes mit Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung zusammenhängt. Hat Sie bei der Lektüre des Berichts etwas überrascht?

Interessant finde ich, dass zwischen dem früheren und jetzigen GfbV-Bericht bei den Verantwortlichen fast nichts passiert ist. So sieht die Raffinerie Metalor offensichtlich keine Probleme darin, weiterhin peruanisches Gold von der Firma Minerales del Sur zu beziehen. Metalor beruft sich auf brancheninterne Zertifizierungen und Lieferanten, die sich in Formalisierungsprozessen befinden. Ich finde es enorm wichtig, dass da genauer hingeschaut wird.

Wo sehen Sie die rechtlichen Knackpunkte des Schweizer Goldplatzes?

Ein grosser Teil des Goldes, das die Schweiz erreicht, stammt aus sehr dubiosen Quellen. Ich denke hier an Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung. Die bisherigen Regulierungen reichen nicht aus, um das

zu verhindern. Wie bei Metalor ersichtlich, flüchten sich Unternehmen oftmals in Pseudo-Zertifizierungen. Sehr viele dieser Zertifikate sind nicht in der Lage, die gesamte Lieferkette und damit den wirklichen Ursprung festzustellen. Das ist das eigentliche Problem. Die Zertifikate, die diese Unternehmen vorweisen, sind oft das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben werden.

Was muss passieren, damit Gold ohne Menschenrechtsverletzungen und Umweltverschmutzung abgebaut und gehandelt wird?

Es muss vor Ort transparent abgeklärt werden, unter welchen Bedingungen Gold gewonnen wird. Das Konzept einer Better Gold Initiative mit Fairmining-Projekten ist zwar von der Idee her gut, findet aber in einem viel zu kleinen Rahmen statt. Weltweit bewegen sich die Zahlen von fair abgebautem Gold im Kilobereich. Das sieht man auch im Schmuck- und Uhrengeschäft: Juweliere, die sauberes Gold verwenden möchten, haben enorme Schwierigkeiten, an dieses zu gelangen. Klar muss man auch mit der Bezeichnung «sauberes» Gold vorsichtig umgehen. Denn schlussendlich werden auch bei fair abgebautem Gold immer noch ganze Landschaften verwandelt.

Was muss sich aus rechtlicher Sicht ändern?

Ein erster positiver Schritt wäre die Annahme der Konzernverantwortungsinitiative. Diese gäbe zivilrechtliche Möglichkeiten, Unternehmen anzuklagen und Schadensersatz zu erhalten. Klar ist aber auch, dass das erst ein kleiner Schritt in die richtige Richtung wäre. Auf internationaler Ebene muss viel härter angesetzt werden. Beispielsweise innerhalb der OECD mit greifenderen Massnahmen, welche die Länder zu einer rigorosen Regulierung bewegen würden.

Interview: Nicole Gisler, GfbV-Praktikantin Kommunikation